

USA: Trump spendet Steuergelder an homophobe Christen

Erneut bringt ein Whistleblower das Weisse Haus in Erklärungsnot: Die US-Regierung habe Geld für Organisationen gegen Menschenhandel unter anderem an Hardcore-Christen weitergeleitet, die das Geld für Evangelisation nutzen. Das ist eigentlich illegal.

Das amerikanische Justizministerium soll Zuschüsse für Organisationen, die sich um Opfer des Menschenhandels kümmern, illegal an die in Nevada beheimatete homophobe Gruppe "Hookers for Jesus" (Nutten für Jesus) weitergeleitet haben. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, habe ein Whistleblower den Skandal zum Vorschein gebracht.



Demnach habe die Trump-Regierung in den letzten drei Jahren mehr als eine Million Dollar nicht an von unabhängiger Seite als förderwürdig bewertete Hilfsorganisationen geleitet, sondern aus politischen Gründen an andere Gruppen. Neben den "Nutten für Jesus" erhielt eine Organisation aus South Carolina eine sechsstellige Förderung, die von der Tochter eines prominenten Republikaners geführt wird. Die Familie hatte Trump im letzten Wahlkampf Spenden zukommen lassen.

Die "Nutten für Jesus" werden von der Ex-Prostituierten Annie Lobert geleitet, die eigenen Angaben zufolge inzwischen eine "wiedergeborene Christin" ist. Die Organisation hilft zwar Opfern von Menschenhandel in einem "Safe House", also einer sicheren Unterkunft – sie steht aber in der Kritik, weil sie offenbar von diesen Opfern verlangt, an evangelikalen Gottesdiensten teilzunehmen. Ausserdem heisse es in einem Handbuch der Gruppe, dass Homosexualität unmoralisch sei. Wer auf dem Gelände der Organisation wohne, sei es verboten, "säkulare" Magazine mit "weltlichen Tipps über das Leben, Sex, Kleidung und Make-up" zu besitzen.

"Nutten für Jesus" weisen Vorwürfe zurück

Laut dem Reuters-Bericht könne dieser Zuschuss als Verstoß gegen Bundesrecht gewertet werden, das öffentliche Gelder für Evangelisation verbietet. Lobert wies gegenüber Reuters die Vorwürfe zurück. Personen im "Safe House" würden nicht gezwungen werden, Gottesdienste zu besuchen. "Wir diskriminieren niemanden", behauptete die 52-Jährige. "Allerdings sind wir Christen. Und bevor jemand zu uns kommt, machen wir deutlich, dass wir Christen sind."

Die Fördermittel waren zuvor an zwei andere Gruppen gegangen, darunter auch eine katholische Organisation. Ihnen wurde offenbar zum Verhängnis, dass sie die restriktive Einwanderungspolitik der Trump-Regierung kritisiert hatten.